

An den  
Vorsitzenden des Gemeinderats  
der Stadt Heidenheim  
Herrn Oberbürgermeister Bernhard Ilg  
Rathaus  
Grabenstr. 15  
89522 Heidenheim

Stadt Heidenheim										
Stabsst.				FB 1				FB 2		
PF:	13	20	81	61	20	21	22	23	10	11
FB 6				FB 7					11	
61	62	65	66.1	66.2	14					
Eing. 30. April 2012										
FB 3			FB 4			FB 5		FB 8		
30/32	34	41	42	44	46	40/52	67	68		
37	63		47	48		43	50	79		

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten, folgenden Antrag in der nächstmöglichen Gemeinderatssitzung zur Abstimmung zu stellen:

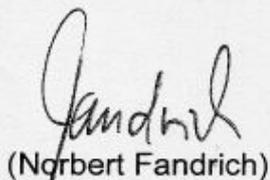
- 1.) Der Gemeinderat der Stadt Heidenheim schließt sich der Forderung des Präsidiums des Deutschen Städtetag vom 08.02.2012 in Freiburg und der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15.12.2011 an, ein NPD-Verbot, sowie ein Verbot von deren Tarnorganisationen anzustreben.
- 2.) Auch die Stadt Heidenheim ist seit langem und auf vielfältige Weise gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagiert. Die aktuellen Vorgänge um die Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) machen erneut deutlich, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus bzw. rechtsextremistische Tendenzen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft kontinuierlich geführt werden muss.
- 3.) Für eine wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus erscheint eine Vernetzung der vorhandenen Akteure, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene wichtig. Die Stadt Heidenheim wird sich daher gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv an „Bündnissen gegen Rechts“ beteiligen oder solche selbst initiieren. Sie wird sich an der Bündelung solcher Aktivitäten ~~ggf. auch durch Einrichtung einer „Fachstelle~~ gegen Rechtsextremismus“ engagieren. Die Stadt Heidenheim fordert in diesem Zusammenhang die Bundesregierung auf, Bundesprogramme zum Einsatz gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu intensivieren und weiterzuentwickeln, die die stetige Vernetzung von Akteuren sowie die Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungsstrategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nachhaltig fördern.

Auf Antrag von  
OB Ilg gestrichen

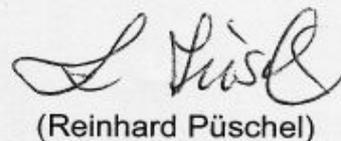
- 4.) Die Stadt Heidenheim wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen den Rechtsextremismus stellen, beispielsweise durch
- Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger durch Podiumsdiskussionen, Flugblätter und Informationsfülle,
  - durch schnelle Reaktionen mit inhaltlichen Argumenten, wenn an Schulen oder Kindergärten rechtsextremistisches Material verteilt wird,
  - durch Vernetzung mit Ordnungsämtern anderer Kommunen und gegenseitige Information dazu, wie gegen rechtsextreme Demonstrationen vorgegangen werden kann (Verbote, Auflagenbescheide).
- 5.) Die Stadt Heidenheim wird sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Kommunen gegen Rechtsextremismus sowie die Wiederaufnahme der seinerzeit eingerichteten Datenbank im Mitgliederservice des Deutschen Städtetags zu kommunalen Initiativen und Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus im Sinne des Erfahrungsaustausches engagieren.



(Horst Mack)



(Norbert Fandrich)



(Reinhard Püschel)